

Ein Maulkorb für die Fraktion.

Norman Paech

Was ist es, das die Fraktion der Linkspartei im Deutschen Bundestag trieb, sich vor zwei Jahren einen Maulkorb umzuhängen, als sie am 8. Juni 2011 einstimmig entschied: *„Wir werden uns weder an Initiativen zum Nah-Ost-Konflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer ‚Gaza-Flotille‘ beteiligen.“* Zur Begründung sind wir auf die Überschrift der Entscheidung: *„Entschieden gegen Antisemitismus“* und einige dürre Sätze der Einleitung angewiesen. *„Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute und niemals einen Platz. Die Fraktion DIE LINKE tritt daher entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf.“*

Zusammengenommen lassen diese Sätze nur den Schluss zu, dass die Fraktion sich die drei Initiativen verbietet, weil sie sie als konkrete Ausgeburten antisemitischen Gedankenguts und rechtsextremistischer Handlungen einstuft. Das ist starker Tobak.

Man könnte die Sache dennoch auf sich beruhen lassen, wenn sich nicht die Besatzungs- und Siedlungspolitik Israels in diesen Jahren weiter radikalisiert, die Existenzbedingungen der Palästinenser in der Westbank und Gaza drastisch verschlechtert und der vielbeschworene „Friedensprozess“ sich faktisch aufgelöst hätten. Nicht nur Obama hat sich auf die Zuschauerbank zurückgezogen, aus der EU kommt allenfalls Kritik ohne Folgen und über die Parteien des Bundestages hat Kanzlerin Merkel das Blei ihrer Staatsräson gelegt, die sich die LINKE ausdrücklich als Fraktionsräson zu eigen gemacht hat. Es wird von besonderer Verantwortung geredet, aber den kriminellen Auswüchsen der Besatzungspolitik regungslos zugeschaut. Die LINKE tut ein Weiteres und diffamiert Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die sich nur deswegen nicht mehr auf Mahnungen, Eingaben und Apelle beschränken, weil Regierungen und Parteien vollkommen versagen.

Die Initiativen haben überhaupt nichts mit Antisemitismus zu tun – wer hat das nur der Linken diktiert? Die Forderung nach einer Ein-Staaten-Lösung ist nicht nur in der palästinensischen, sondern auch in der israelischen Gesellschaft weit verbreitet. Seit Jahren vertreten prominente Politiker der Rechten, wie der ehemalige Parlamentspräsident Reuven Rivlin oder der mehrmalige Minister Moshe Arens, die Vision eines gemeinsamen Staates mit gleichen Rechten für alle Bürger auf dem Gebiet des historischen Palästinas. Ein solcher Staat müsse nicht im Widerspruch zu einem „jüdischen Staat“ stehen, wenn man das israelische Gesetz auf das gesamte Westjordanland ausdehne und den Palästinensern Staatsbürgerschaft und Wahlrecht gebe. Man müsse nur ein Apartheidsystem vermeiden. Genau dies allerdings besteht derzeit in Palästina: ein Staat Israel mit einer Apartheidzone in den besetzten Gebieten. Die Politik Netanyahus, Liebermanns und Baraks zielt genau auf diese Lösung, trotz ihres formalen Bekenntnisses zu einer Zwei-Staaten-Lösung, die sie allerdings systematisch torpedieren. Auch das Bekenntnis der PLO zur Zwei-Staatenlösung verliert angesichts des schwindenden Territoriums immer mehr an Glaubwürdigkeit. Sie wird aufrecht gehalten, weil sie das Ursprungskonzept der UNO von 1947 war, auf dem man sich auch heute noch die meiste internationale Unterstützung erhofft. Zudem erscheint vielen das Nebeneinander der allmählich tief verfeindeten Völker in einem gemeinsamen Staat

unmöglich. Was ist schwieriger, der Kampf um einen separaten souveränen Staat in klar definierten Grenzen oder der Kampf in einem gemeinsamen Staat gegen ein drohendes Apartheidsystem? Es ist die Sache der Palästinenser und Israeli darüber zu entscheiden und nicht unsere; darüber jedoch zu diskutieren und die eine oder andere Lösung zu favorisieren, hat nichts mit Antisemitismus zu tun.

Die Forderung nach einem Boykott israelischer Waren ist in Palästina entstanden. Ihr Vorbild ist der Apartheidsboykott gegen das weiße Regime in Südafrika und hat erhebliche Resonanz in den meisten europäischen Staaten und Lateinamerika gefunden. Er wird in vielen Varianten vertreten und gilt nur, solange sich Israel nicht an das Völkerrecht hält. Er richtet sich insbesondere gegen den völkerrechtswidrigen Export von Gütern, die in den besetzten Gebieten hergestellt werden, deklariert als israelische Waren. Nach den Regeln der EU ist ein derartiger Export verboten, wird aber vielfach unterlaufen. Der zentrale Einwand gegen Boykottaktionen lautet, sie produzierten im historischen Unterbewusstsein vieler Deutscher eine Wiederholung ihrer unseligen Geschichte des Boykotts jüdischer Geschäfte. Er verkennt und verwischt jedoch die totale Andersartigkeit und Zielsetzung der aktuellen Boykottbewegung. Was 1933 der verbrecherische Auftakt einer gigantischen Vernichtungsaktion war, soll heute dem Schutz der palästinensischen Ökonomie und ihrer Befreiung von einer jahrzehntelangen illegalen Besatzung dienen. Einmal mehr sollte auch hier die Geschichte nicht zur Tabuisierung vollkommen berechtigter Anliegen und legaler Aktionen dienen.

Das Verbot, an einer Free-Gaza-Flottille teilzunehmen, kehrt die ursprüngliche Unterstützung und ausdrückliche Zustimmung zu der Antiblockade-Aktion einiger ihrer Abgeordneter ein Jahr zuvor in ihr Gegenteil. Dies ist nur aus dem Umschwung der einschlägigen Presse zu verstehen, die nach Tagen der Verblüffung und Unsicherheit, sich wieder hinter die Blockade- und Besatzungspolitik Israels einreichte. Die Gaza-Flottille sollte Israel provozieren, die Strangulierung der Bevölkerung im Gazastreifen endlich aufzugeben. Doch schon nach einigen Wochen waren nicht mehr der tödliche Angriff auf die Mavi Marmara und die Blockade des Gazastreifens das Ziel der Kritik, sondern die Seefahrer der vielberufenen Zivilgesellschaft, die mit friedlichen und legalen Mitteln ihren Protest sichtbar machten. Es ist eher tröstlich denn ermutigend, dass sich die Fraktion diesem Mainstream angeschlossen hat.

Die Fraktion scheint der Meinung zu sein, dass mit diesen Themen mehr Wählerinnen und Wähler zu verlieren als zu gewinnen sind. Diese Einschätzung hängt von den Kreisen ab, in denen man sich bewegt. Doch ein Maulkorb, den man sich umhängt, schmückt nirgends. Er verschwindet nicht, wenn man ihn selbst nicht mehr bemerkt. Alle Versuche, die Fraktion von ihm zu befreien, waren bisher vergeblich.

Norman Paech ist Redakteur dieser Zeitschrift